

Der Weg in den Libyen-Krieg

Auszüge aus dem Manuskript zum Vortrag „Krieg gegen Libyen – Ursachen, Motive und Folgen“ von Lühr Henken am 8.6.2011 in Düsseldorf.¹

Am 19. März 2011 begannen westliche Länder gegen das Libyen Gaddafis einen Krieg. Er hat bereits die Länge des 78 Tage währenden NATO-Krieges gegen das Jugoslawien Milosevic überschritten. Die US-Regierung setzte am Tag nach dem Kriegsbeginn scheinheilig in die Welt, „der Einsatz in Libyen werde Tage nicht Wochen dauern“ (FAZ, 21.3.2011). Dabei hatte die NATO bereits eine Frist von 90 Tagen angesetzt, nun hat sie den Krieg bis – vorerst – Ende September 2011 verlängert. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Die führenden Kriegstreiber Sarkozy, Cameron und Obama rühmen sich in einem gemeinsamen Zeitungsartikel, dass sie mit ihrem schlagartigen Kriegsbeginn am 19. März ein Blutbad im von Gaddafis Truppen belagerten Bengasi verhindert hätten (www.ag-friedensforschung.de, 19.4.2011). In der Times lassen Cameron und Obama verlauten, sie hätten damit „eine humanitäre Katastrophe verhindert“ (www.handelsblatt.com, 24.5.2011).

Konkret gemeint ist Donnerstag, der 17. März. Gaddafis Truppen hatten einen Monat nach Beginn der Rebellion verlorenes Terrain zurückerobert und vor den Toren Bengasis stehend mit einem Angriff auf die Rebellenhochburg gedroht. Beispielhaft sei hier focus.de zitiert: Gaddafi sagte „am Donnerstagabend in einer telefonischen Ansprache im Staatsfernsehen: 'Die Stunde der Entscheidung ist gekommen.' Aufständischen, die ihre Waffen niederlegten, werde er eine Amnestie anbieten. Für diejenigen, die nicht kapitulierten, werde es dagegen 'keine Gnade und kein Mitleid' geben“ (focus.de, 17.3.2011). Symptomatisch für die Stimmung hierzulande ist die Überschrift im Handelsblatt am 18. März: „Ohne Flugverbot droht in Libyen Völkermord“ (Handelsblatt, 18.3.2011).

Eine andere Bewertung dieser Ankündigung Gaddafis entnehmen wir dem Boston Globe vom 14. April 2011. Alan J. Kuperman, Associate Professor of Public Affairs an der Universität von Texas, schreibt: „Gaddafi (hat) niemals mit einem Massaker an der Zivilbevölkerung in Bengasi gedroht, wie Obama behauptete. Die Warnung 'es werde kein Pardon gegeben' vom 17. März richtete sich ausschließlich gegen die Aufständischen, wie die New York Times berichtete. Zudem habe der libysche Machthaber denjenigen eine Amnestie versprochen, die 'ihre Waffen wegwerfen', Gaddafi bot den Rebellen sogar einen Fluchtweg und offene Grenzübergänge in Richtung Ägypten an, um einen 'Kampf bis zum bitteren Ende' zu vermeiden“ (The Boston Globe, 14.4.2011).

Am selben Abend, dem 17. März, hatte der UN-Sicherheitsrat dann mit der Resolution 1973 diesen Angriff einer „Koalition von Willigen“ mandatiert. Libanon hatte die Resolution als Vertreterin der Arabischen Liga eingebracht und sie wurde mit 10 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen. Sie beinhaltet im Wesentlichen Folgendes: Sie „verlangt eine sofortige Waffenruhe, und ein vollständiges Ende der Gewalt und aller Angriffe und Missbrauchshandlungen gegen Zivilpersonen“; sie ermächtigt „die Mitgliedsstaaten, [...], alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, [...] um von Angriffen bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete in Libyen, einschließ-

lich Bengasis, zu schützen, unter Ausschluss ausländischer Besatzungstruppen jeder Art in irgendeinem Teil libyschen Hoheitsgebiets.“ Und sie „beschließt, ein Verbot aller Flüge im Luftraum Libyens zu verhängen, um zum Schutz der Zivilpersonen beizutragen.“ Darüber hinaus werden das bestehende Waffenembargo bekräftigt

und Reiseverbote gegen die libysche Führung erlassen. Außerdem werden die Vermögenswerte von libyschen Banken im Ausland und der großen Nationalen Ölgesellschaft NOC eingefroren.

Also erlaubt diese Resolution den ausländischen Mächten zum „Schutz der Zivilbevölkerung“ militärisch eigentlich alles unterhalb einer Besetzung des Landes. Sie erlaubt jedoch nicht die gezielte Tötung Gaddafis.

Zum Verlauf der Rebellion

Was war diesem Beschluss vorausgegangen? Dazu müssen zwei Vorgänge getrennt untersucht werden. Erstens der angebliche Einsatz der libyschen Luftwaffe gegen Zivilpersonen und zweitens der Einsatz von Bodentruppen gegen Zivilpersonen.

Um die Frage nach dem Luftwaffeneinsatz gegen Zivilpersonen zu beantworten, genügt die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Linksfraktion (Bundestags-Drucksache 17/5409 vom 21.4.11): „Der Bundesregierung liegen keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor.“

Um die zweite Frage nach dem Einsatz von Bodentruppen gegen die Zivilbevölkerung zu untersuchen, müssen wir uns den Kriegsverlauf vergegenwärtigen. Die Informationslage ist allerdings noch lückenhaft. Am 15. Februar gab es im Osten Libyens vor allem in Bengasi mit 300 bis 400 Teilnehmern eine Demonstration gegen die Festnahme eines Rechtsanwalts. Dieser hatte sich für die Hinterbliebenen eines Massakers an Inhaftierten eingesetzt. Das Massaker wurde im Juni 1996 im Hochsicherheitsgefängnis Abu Salim bei Tripolis von Uniformierten an etwa 1.200 politischen Gefangenen, die hauptsächlich aus Bengasi stammten, verübt und ist bis heute nicht aufgeklärt. Dieser Umstand eines über 15 Jahre zurück liegenden ungelösten Konflikts verdeutlicht zweierlei: einen eklatanten Mangel an Rechtsstaatlichkeit und eine Geringschätzung der ostlibyschen Cyrenaika durch das Regime Gaddafis.

Vom 15. Februar gibt es Berichte von Al Dschasira, dass Gruppen unvermittelt in Zintan und Al-Bayda Polizeistationen in Brand gesetzt hätten. Diese Meldungen gab es hierzulande nicht. France 24 berichtet am selben Tag von einem Arzt in Bengasi, wonach sich in einem Krankenhaus 38 Personen befanden, die bei Zusammenstößen verletzt wurden. Die meisten von ihnen seien Sicherheitskräfte gewesen. Auch vom 16. Februar gibt es Berichte aus dem Osten Libyens von Brandschätzungen an Polizeistationen.

Am 17. Februar kam es am „Tag des Zorns“ in mehreren Städten Ost-Libyens zu Demonstrationen. Die größte davon in al-Bayda mit 1500 Teilnehmern. Am selben Tag demonstrierten tausende Gaddafi-Anhänger in mehreren Städten des Westens. Die NZZ kommentierte: „Das bildet die historische Polarität im Lande ab. Der Nordosten des Landes [...] steht traditionell dem Regime eher kritisch gegenüber. Al-Bayda hat den Ruf, noch den 1969 abgesetzten König Idriss as-Senussi zu verehren, und in Bengasi und an den Hügeln des Jebel Akhbar hielt sich lange eine islamistische Opposition. Der relative Aufruhr im Osten kann deshalb

nicht einfach als Anzeichen für eine Oppositionswelle im ganzen Land gedeutet werden“ (NZZ, 18.2.2011). Das Abfackeln von Polizeistationen und auch Regierungsgebäuden in Städten des Ostens ging weiter.

In Al-Bayda wurden am 18. Februar 14 Opfer von Zusammenstößen beigesetzt, berichtet die NZZ (19.2.2011). Während der Beisetzung dieser Toten in al-Bayda hätten Söldner „mit scharfer Munition direkt in die Menge“ gefeuert (NZZ, 19.2.2011). Diese Information hatte die NZZ von der nicht näher bezeichneten Exilopposition. Die FAZ berichtete: „Al Dschasira schaltete am Nachmittag telefonisch zu einem Augenzeugen in Bengasi. [...] Die Sicherheitskräfte hätten auf die Menschen geschossen, die Tote zum Friedhof getragen hätten, er sprach von einem ‚Masaker‘“ (FAZ, 19.2.2011). Human Rights Watch zählte in Bengasi 24 Tote. In Bengasi und anderen Städten erhoben sich tausende von Menschen. Regimegegner hätten am 18. Februar „in Al Baida die Kontrolle übernommen“, (FAZ, 19.2.2011) berichtet die FAZ und kommentiert: „Der Osten des Landes wurde vom Regime in den vergangenen Jahrzehnten vernachlässigt. Städte wie Al Baida und Bengasi sind Hochburgen der Islamisten.“

Am 21. Februar schreibt die FAZ: „Augenzeugen berichteten, dass bei einem Trauermarsch in der Stadt Bengasi mit Maschinengewehren auf Regierungsgegner geschossen worden sei. Nach Berichten der Opposition wurden innerhalb von zwei Tagen mindestens 200 Personen getötet, doch der Protest breite sich aus. Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch teilte in London mit, ihr seien mindestens 173 Todesfälle bekannt“ (FAZ, 21.2.2011).

Zu diesen schrecklichen Meldungen ist festzustellen: Es fehlen ihnen die Quellenangaben. Welche Exilgruppen? Was bedeutet Opposition? Woher hat HRW in London die Zahlen? Die Quantitäten sind nicht verifizierbar. Bilder davon gibt es nicht. Ebenfalls am 21. Februar notierte jedoch die NZZ: „Es gibt auch Berichte, wonach zumindest in al-Bayda Einwohner den gewaltlosen Widerstand aufgegeben haben und dem Wüten der Schergen Gaddafis bewaffnet gegenübertraten“ (NZZ, 21.2.2011). Tags darauf, am 22. Februar, berichtet die NZZ: „Die bruchstückhaften Informationen deuten in Bengasi und al-Bayda am Montag einen Umsturz an, wobei breitere Teile der Bevölkerung zu den Aufständischen halten und die Strassen dominieren, während die Sicherheitskräfte in ihren Kasernen verschanzt sind. Seifulislam (ein Sohn Gaddafis) hat eingeräumt, dass dort Panzerfahrzeuge in den Händen der Bevölkerung sind [...]. Dabei sind zweifellos auch islamistische Afghanistan-Veteranen am Werk, welche endlich eine Gelegenheit für ihr Kriegshandwerk auf dem eigenen Boden erspähen“ (NZZ, 22.2.2011). Daraus ist zu schließen, dass sich Rebellen bereits ab dem 20. Februar bewaffnet hatten und Islamisten darunter waren.

Aus demselben Artikel der NZZ möchte ich die Einschätzung ihres langjährigen Nahost-Korrespondenten Victor Kocher wiedergeben. Kocher schreibt: „Hier zeichnet sich das historische Selbstbewusstsein der Cyrenaika wieder ab, jenes Ostteils des Landes, der ursprünglich das wahre Macht- und Wirtschaftszentrum darstellte. Von dort stammte der Nationalheld und Unabhängigkeitskämpfer Omar al-Mukhtar, der im Kampf gegen die italienischen Kolonisten gefallen ist. Und dort sind die Wurzeln der Senussi-Dynastie, aus welcher der letzte König Idriss stammte, den Gaddafi 1969 stürzte. In den Augen der Libyer aus der Cyrenaika ist das Gaddafi-Regime eine illegitime und zur effizienten Regierung unfähige Konstruktion aus verspäteten Versatzstücken des Nasserismus.“

Zurück zum Ablauf: Die FAZ meldete am 22. Februar: „Der Sohn des Revolutionsführers bestätigte Berichte von Demon-



Sitzung des UN-Sicherheitsrates zu Libyen, März 2011; Quelle: UN Photo/Paulo Filgueiras.

stranten, nach denen sie die Städte Bengasi und Al Bayda im Osten des Landes unter ihre Kontrolle gebracht hätten“ (FAZ, 22.2.2011). Dies kann gegenüber Gaddafis Truppen schlechterdings nur bewaffneten Demonstranten gelungen sein. Berichte über diesen Eroberungsvorgang liegen allerdings nicht vor. Ab diesem Zeitpunkt handelt es sich also um einen bewaffneten Bürgerkrieg in Libyen.

Am Morgen des 23. Februar machte der Luxemburgische Außenminister Asselborn in Alarmismus: „in Libyen ereignete sich ein ‚Völkermord in höchster Potenz.‘“. Was nachweislich nicht stimmte, aber den Militärinterventionismus befeuerte. Die Opferbilanz belegt, dass es keinen Völkermord gab: Ärzte in der 700.000-Einwohner-Stadt Bengasi gaben am 28. Februar - nach dem Ende der Kämpfe - bekannt, dass sie dort 256 Tote und rund 2.000 Verletzte gezählt hätten (NZZ 1.3.2011). Aufständische bewaffneten sich mit Handfeuerwaffen, Granatwerfern und Schützenpanzern und hatten sogar fünf Kampfflugzeuge erbeutet. Erbeutete moderne Kampfpanzer konnten sie nicht nutzen, weil sie nur per Fingerabdruck-Scan zu starten sind. Am 27. Februar rief die Opposition unter der Führung des ehemaligen Justizministers Dschalil eine Übergangsregierung aus. Dschalil erklärte, dass die Hauptstadt des Landes Tripolis bleibe (NZZ, 28.2.2011). Das heißt, das Selbstverständnis der Aufständischen ist ein Machtanspruch auf ganz Libyen. „Ihre Parole war seit Beginn des Aufstands am 17. Februar: ‚Ein Libyen ohne Gaddafi, ein einiges Libyen, ein Libyen mit der Hauptstadt Tripolis‘“ (sueddeutsche.de, 28.3.2011).

Die USA und Großbritannien verlegten nun Kriegsschiffe vor die Küste Libyens, und bauten damit eine Drohkulisse gegen Gaddafi auf, die die Opposition in ihrem Vorhaben bestärkte. Susan Rice, UN-Botschafterin der USA, sagte am 1. März, „Gaddafi schlachte sein eigenes Volk ab. Zudem zeige die Behauptung Gaddafis gegenüber westlichen Medien, es gebe keine Gewalt in Libyen, dass der libysche Diktator ‚wahnhaft‘ sei und die Verbindung zur Wirklichkeit verloren habe. ‚Er ist nicht in der Lage, das Land zu führen‘, sagte sie“ (FAZ, 2.3.2011). Das war die klare Ansage: Gaddafi muss weg.

Wie zweifelhaft die Aussagen über das angebliche Abschlagen oder das Bombardieren von Zivilisten ist, machte ein leitender Beamter des Auswärtigen Dienstes der EU deutlich. Auf seiner Erkundungsreise nach Libyen, über dessen Ergebnisse die FAZ am 9. März berichtete, hatte er die letzten verbliebenen acht Botschafter aus EU-Staaten gesprochen: „Die EU-Botschafter [...] hätten dargelegt, dass sie von Menschenrechtsverletzungen wüsten, aber nicht genau sagen könnten, wer dafür verantwortlich sei. Ob Gaddafi die Bevölkerung systematisch beschießen lasse, etwa aus der Luft, sei unklar; es könne auch nicht genau gesagt

werden, wer die Aufständischen seien und ob sie als Partner für die EU in Frage kämen. Die Botschafter hätten angegeben, ihre Informationen beruhten auf Medienberichten und Aussagen von Bürgern, nötig sei eine sofortige unabhängige Untersuchung durch die Vereinten Nationen. Diese Forderung erhob auch der libysche Diplomat, der mit dem EU-Beamten redete“ (FAZ, 9.3.2011). Dazu ist es nie gekommen.

Inzwischen hatte Venezuelas Präsident Chavez einen Plan vorgelegt, wonach „eine Delegation aus Lateinamerika, Europa und dem Nahen Osten versuchen (solle), eine Annäherung zwischen Gaddafi und den Aufständischen auf dem Verhandlungswege herbeizuführen.“ Gaddafi stimmte dem zu (ftd.de, 3.3.2011). Die Aufständischen lehnten den Plan ab. „Die Zeit für einen Dialog sei vorüber“ (FAZ, 4.3.2011), sagten sie. Niemand griff den Plan auf. Im Gegenteil: US-Präsident Obama forderte am Tag darauf, am 5. März, erstmals den Rücktritt Gaddafis. Das ist eine weitgehende Forderung. Sie implizierte, dass Obama eine Verhandlungslösung mit Gaddafi ausschließt.

Die FAZ meldete am 10. März: „Der Aufstand hat nach Schätzungen schon mehr als 1.000 Todesopfer gefordert.“ Wer die Schätzungen vorgenommen hat, wurde nicht mitgeteilt. Die Zahl war offensichtlich von interessierter Seite aufgebauscht worden. Denn genau drei Wochen später gab das britische Außenministerium offiziell exakt dieselbe Zahl von 1.000 Toten an (NZZ.de, 1.4.2011).

Nachdem „Sarkozy in einer Fernsehansprache den Sturz Gaddafis als Ziel“ (FAZ, 10.3.2011) nannte, erklärten die Staats- und Regierungschefs der EU am 11. März unisono, dass „Oberst Gaddafi die Macht unverzüglich abgeben muss“ (FAZ, 12.3.2011). Sarkozy hatte sich zuvor für gezielte Luftschläge eingesetzt und erkannte die Gegenregierung an. Frankreich war die treibende Kraft in Richtung Krieg.

Zum Beschluss des UN-Sicherheitsrats

Kommen wir nun zu der Phase direkt vor dem Beschluss des UN-Sicherheitsrats. Er nahm am 14. März seine Beratungen über eine Flugverbotszone auf, kam jedoch nicht zu einer schnellen Ent-

scheidung, weil sich insbesondere die USA zurückhielten. Unterdessen eskalierte der Bürgerkrieg in Libyen. Das Gaddafi-Regime wollte Fakten schaffen, ehe NATO-Staaten militärisch eingriffen. Die NZZ berichtete: „Am Dienstag (dem 15.3.) haben Kampfflugzeuge und Helikopter von Muammar al-Gaddafi Adschdabija angegriffen, die letzte Stadt in Rebellenhand vor der Hochburg der Aufständischen, Bengasi. In der strategisch wichtigen Ölstadt Brega wechselte die Kontrolle mehrfach. In den Ruinen zerstörter Gebäude lieferten sich Rebellen Rückzugsgefechte mit den nach Osten vorrückenden Regierungssoldaten“ (NZZ, 16.3.2011). In den Kampf um Misrata im Westen griffen Gaddafis Truppen mit Artillerie und Panzern ein. Am Mittwoch, dem 16. März, kündigte das Gaddafi-Regime an, „es wolle den Aufstand binnen zwei Tagen niederschlagen“ (FAZ, 17.3.11). „Wie ein Sprecher der Aufständischen, Mustafa Gheriani, erklärte, haben Gaddafis Kampfflugzeuge am (Donnerstag-)Morgen (17.3.) den Flughafen von Bengasi sowie angrenzende Wohngebiete bombardiert. Über die Zahl der Opfer gab es bis zum Nachmittag keine gesicherten Informationen [...] An den Weltsicherheitsrat appellierte Gheriani, endlich eine Flugverbotszone einzurichten sowie Panzer und Artillerie Gaddafis zu bombardieren. ‚Worauf warten Sie noch – Gaddafi führt Krieg gegen sein eigenes Volk,‘ sagte er. Die Bewohner seien den Kriegswaffen des Diktators völlig hilflos ausgeliefert, ‚es ist wie Tontaubenschießen‘“ (zeit.de, 17.3.2011). Ob auf dieses Schreiben hin oder unabhängig davon, das lässt sich nicht ermitteln, deutet sich am Donnerstagnachmittag (17.3.) ein Sinneswandel bei den USA an. Laut Susan Rice zogen die USA Schritte in Betracht, „die eine Flugverbotszone einschließen und vielleicht auch darüber hinaus gehen“ (zeit.de, 17.3.2011). „Gaddafi kündigte für den Abend eine Offensive seiner Regierungstruppen in Bengasi an“ (zeit.de, 17.3.2011). Am späten Abend kam es dann zum Beschluss über die UN-Resolution 1973. Der UN-Sicherheitsrat fasste also einen Beschluss, der nicht auf verifizierten Fakten beruht, sondern auf Medienmeldungen und Stellungnahmen einer Konfliktpartei. Eine Untersuchung der Vorwürfe wurde nie eingeleitet. Verhandlungsangebote wurden ausgeschlagen.

Die Option, Krieg gegen Gaddafi zu führen, wurde in Washington, London und Paris bereits vor dem 17. März, dem Tag der UN-Resolution, konkret in Angriff genommen. Obama hatte bereits in der Woche vor dem 17. März „eine Genehmigung zur Unterstützung der Rebellen durch den CIA unterzeichnet“ (focus.de, 31.3.2011). Diese Autorisierung umfasste „auch die Lieferung von Waffen an die libyschen Rebellen“ (FAZ, 1.4.2011). Das konservative Wall Street Journal berichtete am 17. März: „Laut offiziellen Vertretern der USA und der libyschen Rebellen hat das ägyptische Militär damit begonnen, mit Wissen Washingtons Waffen für die Rebellen über die Grenze nach Libyen zu senden. Die Lieferung umfasst meist Kleinfeuerwaffen wie Sturmgewehre und Munition“ (hintergrund.de, 31.3.11). Die Briten waren möglicherweise in geheimer Mission



Karte der NATO-Operation "Unified Protector", Verzeichnis der Stützpunkte; Quelle: www.nato.int

in Libyen noch vor den USA aktiv. Focus-online meldet bereits am 19. März, dass „Sondereinheiten des britischen Militärs bereits vor Wochen nach Libyen eingesickert“ seien. Dabei soll es sich um „getarnte Teams des Special Air Service (SAS) und des Special Boat Service (SBS) handeln“. Sie hätten „strategische Ziele wie Militärflughäfen, Luftabwehrstellungen und Kommunikationszentralen vermessen und für Bombenangriffe markiert“ (focus.de, 19.3.2011). Wochen vorher bedeutet auch Wochen vor dem UN-Sicherheitsratsbeschluss am 17. März. Der französische Auslandsgeheimdienst DGSE hatte die Aufständischen in Bengasi erstmals bereits vor dem 12. März diskret beliefert: mit Panzerabwehr-Munition und Kanonen (focus.de, 2.4.11).

Aber das ist längst nicht alles. „Möglicherweise ist (auch) der US-Geheimdienst [...] noch wesentlich aktiver,“ schreibt die Frankfurter Rundschau am 31. März: „So soll der Oberbefehlshaber der Rebellenarmee, Oberst Khalifa Haftar, sehr gute Beziehungen zur CIA unterhalten. Erst vor kurzem ist er aus dem Exil zurückgekehrt. Gelebt hat er angeblich in der Nähe des CIA-Hauptquartiers in Langley. Haftar galt im Exil als Chef der Untergrundbewegung Libysche Nationale Armee (LNA), die seit den 90er Jahren Gaddafis Regime bekämpft. Diese Anti-Gaddafi-Bewegung ist der militärische Ableger der in der Nationalen Front für die Rettung Libyens organisierten Exil-Opposition. Die LNA-Kämpfer und ihr Anführer Haftar sollen in der Vergangenheit von den USA finanziert und ausgebildet worden sein, heißt es in einem Bericht des wissenschaftlichen Dienstes des US-Parlaments (CRS).“ Das schreibt die Frankfurter Rundschau und fügt hinzu: „Schon seit Tagen wird berichtet, dass die Rebellenführung über geheime Kanäle mit dem alliierten Kommando in Kontakt steht (fr-online.de, 31.3.2011).

Dass die NATO die Waffenbrüderschaft mit Islamisten nicht scheut, belegt ein Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 24. April. Demnach kämpfen „Mitglieder der regionalen Organisation ‚Al Qaida im islamischen Maghreb‘ an der Seite der Rebellen.“ Aiman al Zawahiri, im April noch die Nr. 2 der Al Qaida, hatte zum Kampf gegen Gaddafi aufgerufen (FAS, 24.4.2011). Die FAS weiter: „Aus den Lagern der libyschen Sicherheitskräfte sollen die Extremisten nach Angaben von Diensten aus der Region auch schwere Waffen, Panzerabwehrwaffen und Manpads – schultergestützte Luftabwehrwaffen – aus russischer Produktion erbeutet haben. Diese Pendants zu amerikanischen ‚Stinger‘, so die FAS, „sind in ihrer modernen Variante zwar schwierig zu bedienen, stellen aber potentiell auch eine Gefahr für den zivilen Luftverkehr dar.“ Das ist längst nicht alles. Welch destabilisierendes Potential der von der NATO eskalierte Krieg auf die Gesamtregion hat, macht folgende Meldung von RIA Novosti vom 1. Juni überdeutlich: „Aus algerischen Sicherheitskreisen erfuhr Reuters, dass etliche Konvois von mit Waffen beladenen LKWs von Libyen nach Niger fahren. Von dort aus würden die Waffen nach Nordmali gebracht, wo sich mehrere Al-Qaida-Lager befinden. Die Behörden dieses Landes hatten noch Anfang Mai einen Zustrom von Flugabwehr-Raketen und schweren Waffen gemeldet, die aus dem Militärlagern in Libyen gestohlen worden sind“ (de.rian.ru, 1.6.2011). Hier braut sich etwas zusammen, was dem US-Regionalkommando für Afrika AFRICOM Argumente liefert, um endlich in Afrika militärisch eingreifen zu können.

Wer sind die Rebellen?

Zur politischen Führung der Rebellen liegen wenige Informationen vor. Premierminister der am 23. März gegründeten Übergangsregierung ist der Wirtschaftswissenschaftler Mahmud

Dschibril. Über ihn weiß die FAZ zu berichten: „Nach dem Studium der Politik und Wirtschaftswissenschaften in Kairo und Pittsburgh lehrte er in den Vereinigten Staaten mehrere Jahre lang strategisches Planen und Entscheidungsfindung [...] Im Jahr 2007 kehrte Dschibril, der als ein Neoliberaler gilt, in sein Heimatland zurück.“ Er übernahm die Leitung des Nationalen Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung. „Dessen Aufgabe war es, die Privatisierung der bisher staatlich gelenkten Wirtschaft voranzutreiben. Was Dschibril in Libyen vorfand, muss ihn jedoch sehr ernüchert haben,“ meint die FAZ: „Die Chancen, das Wirtschaftssystem erfolgreich zu reformieren, habe er bald als gering bezeichnet, heißt es. Zugleich half Dschibril auch amerikanischen und britischen Firmen, in Libyen Fuß zu fassen. Besonders die Regierung in Washington forderte er immer wieder dazu auf, sich stärker in Libyen zu engagieren, wie aus geheimen Botschaftsdepeschen hervorgeht, welche die Internetplattform Wikileaks veröffentlichte. Amerikanische Diplomaten schätzten Dschibril demnach als einen ‚ernsthaften Gesprächspartner‘“ (FAZ, 25.3.2011). So weit die FAZ. Also ist Dschibril offenkundig ein Mann der USA.

Ein weiterer Mann der USA in einer Schlüsselstellung ist der neue Wirtschafts- und Finanzminister „in den befreiten libyschen Gebieten“, wie die NZZ neu definiert. Der 61-jährige Ali Tarhuni war seit 1973 in den USA und kam erst im März zurück. Er ist Finanzfachmann und hat eine Professur an der Washington-Universität in Seattle. Er beteiligte sich an der libyschen Opposition im Exil (NZZ, 30.3.2011). Als erstes leitete er druckfrische libysche Banknoten im Wert von über einer Milliarde Euro in den Osten um (focus.de, 3.4.2011). Diese sollten Ende Februar eigentlich aus der Druckerei in Nordengland mit einem libyschen Flugzeug nach Tripolis transportiert werden. Wegen der EU-Sanktionen gegen das Gaddafi-Regime kam es jedoch nicht dazu. Tarhunis Verhandlungen waren erfolgreich. Professor Tarhuni hat hoch fliegende Ziele: „Ich hoffe, dass wir Libyen in Zusammenarbeit mit internationalen Investoren zu einem Finanzzentrum ausbauen können“ [...] Wenn das Land erobert sei, werde er ‚so schnell wie möglich‘ eine neue Währung einführen“ (finanznachrichten.de, 6.4.2011).

Prof. Tarhuni ist auch für Öl zuständig. „Mit der Qatar Petroleum Company hat er einen Vertrag unterzeichnet, das Rohöl des freien Libyens zu vermarkten“ (FAZ, 30.3.2011). Bisher wurde ein Lagerbestand von einer Million Barrel für 100 Millionen Dollar über Katar verkauft. Das war es aber auch schon. Denn die von den Rebellen schon zu Beginn des Aufstands gegründete Öl-Gesellschaft Arab Gulf Oil Company (AGO), eine Abspaltung von der Nationalen Ölgesellschaft NOC, die „über 40 Prozent der Ölförderstätten des Landes“ verfügt (focus.de, 2.4.2011), gab bekannt, dass sie aus Sicherheitsgründen „bis zum Ende des Krieges kein Öl mehr fördern werde“ (bild.de, 15.5.2011). „Laut Tarhuni haben die Rebellen einen täglichen Bedarf von umgerechnet 43 bis 86 Millionen Dollar“ (NZZ, 4.5.2011). Mit dem Ölgeld kommen sie also nicht weit. Deshalb wollen sie sich bei westlichen Staaten zunächst zwei bis drei Milliarden Dollar leihen. Zwar gibt es Zusagen von Golfstaaten über mehrere hundert Millionen, aber an das beschlagnahmte libysche Auslandsvermögen in Höhe von 60 Milliarden Dollar kommen die westlichen Staaten nicht heran. Dafür fehlt ein Beschluss des UN-Sicherheitsrats.

Anmerkung

- 1 Aus Gründen der Lesbarkeit wurden arabische Namen auch in den Zitaten angeglichen.